



Theo Mechtenberg

Collegium Intermarium – eine Hochschule von Ordo Iuris

Die recht-konservative und nationalkatholische Gruppierung Ordo Iuris versteht sich als „Institut für Rechtskultur“ mit Sitz in Warschau. Gegründet wurde sie 2013 durch die Piotr-Skarga-Gesellschaft. Ihre Schwerpunkte sind soziale und religiöse Bildung.

Ordo Iuris weiß sich nach eigener Aussage in besonderer Weise dem „geistigen Erbe“ verpflichtet, „in dem die polnische Kultur ihre Wurzel hat, sowie seiner Propagierung im Rechtssystem und in der Öffentlichkeit.“

Ordo Iuris ist eng mit der Kirche und mit der gegenwärtigen recht-konservativen Regierung verbunden, dazu international mit gleichgesinnten Institutionen gut vernetzt.

Wie stark Ordo Iuris die polnische Innenpolitik beeinflusst, zeigte sich in Zusammenhang mit dem vom Verfassungsgericht verfügten Verbot von Schwangerschaftsunterbrechungen selbst bei Schädigung der Leibesfrucht. Vor allem die Vertreter von Ordo Iuris waren es, die beharrlich auf dieses Verbot hingewirkt haben.

Die jüngste Initiative von Ordo Iuris ist die Gründung einer Hochschule unter dem Namen „Collegium Intermarium“. Sie hat ihren Sitz in Warschau, zielt aber mit ihrer Wirksamkeit auf den ostmitteleuropäischen Raum zwischen Ostsee und Adria. Damit ist das Collegium Intermarium Teil eines von Staatspräsident Andrzej Duda forcierten Projekts des Zusammenschlusses der Staaten „zwischen den Meeren“. Das Projekt gilt als politisches, kulturelles und wirtschaftliches Gegengewicht zur angeblichen Dominanz westlicher EU-Staaten, insbesondere Deutschlands.

In der Selbstbeschreibung von Collegium Intermarium heißt es: „Unsere Hochschule hat den klassischen akademischen Geist zur Grundlage. Den Geist, in dem die Universität dem Wahren, Guten und Schönen dienen kann, also bestimmten höheren Werten.“

Mit diesem Selbstverständnis will sich das Collegium Intermarium von den übrigen Hochschulen abheben, denen Tymoteusz Zych, Vizepräsident von Ordo Iuris und Rektor des Collegiums Intermarium, einen „niedrigen Bildungsstand, Massencharakter, Anonymität und leichten Erwerb von Diplomen“ bescheinigt – eine Provokation, die denn auch namhafte polnische Professoren auf den Plan rief, die sich gegen das Collegium Intermarium in Stellung bringen, indem sie nicht nur diese Vorwürfe zurückweisen, sondern die Wissenschaftlichkeit der neu gegründeten Hochschule in Zweifel ziehen.

Das Collegium Intermarium ist als Gegenentwurf zu der von George Soros gegründeten Mitteleuropäischen Universität gedacht, die ursprünglich in Budapest ihren Sitz hatte, aber von Ministerpräsident Viktor Orbán von dort vertrieben wurde und nun in Wien ansässig ist. Während die Mitteleuropäische Universität darauf ausgerichtet ist, eine die freiheitlich-demokratische Zivilgesellschaft fördernde Elite heranzubilden, bezweckt das Collegium Intermarium die Ausbildung einer recht-konservativen Führungsschicht, die in der Lage ist, den politischen Prozess voranzutreiben und zu stabilisieren, wie er bereits in Ungarn und Polen zu beobachten ist.

Aus ihrer Perspektive erscheint denn auch die Mitteleuropäische Universität für die Rechtskonservativen und die von ihnen verfolgten politischen Ziele als Gefahr, der durch das Collegium Intermarium zu begegnen sei. In Umkehrung der wahren Verhältnisse argumentieren sie: Wo sie wirksam werde, komme es zu einem „Verfall demokratischer Freiheiten“, zur „Übernahme der Universitäten durch radikale Ideologen und zu einer tiefen Krise der Didaktik, die zu einer intellektuellen Verarmung künftiger Generationen führe.“ Die angeblichen Folgen: „Wenn die gesamte Elite eine derartige Bildung erfährt, dann kann man sich die Zukunft nur in düsteren Farben vorstellen.“

Feierlich eröffnet wurde das Collegium Intermarium am 28. Mai 2021. Unter den Ehrengästen befanden sich als Zeichen der Nähe zu den Regierungen in Polen und Ungarn Kulturminister Piotr Gliński und Przemysław Czarnecki, Minister für Erziehung und Wissenschaft, sowie die ungarische Justizministerin.

Der Studienbetrieb beginnt im Oktober. Neben dem Studium der Rechtswissenschaft wird ein zweijähriges Magisterstudium zu International Human Rights Law angeboten, um Spezialisten für den Bereich der Menschenrechte, natürlich im rechtskonservativen Verständnis, auszubilden.

Für die Studierenden belaufen sich die Kosten auf 9000 zł. pro Semester. Bezeichnend ist, dass für die Bewerbung das Abiturzeugnis allein nicht ausreicht. Die Studienbewerber müssen sich einem Auswahlverfahren unterziehen, in dem sie nach dem polnischen Justizwesen, der internationalen Politik sowie der Minderheitenproblematik befragt werden. Auf diese Weise lässt sich vorab die freiheitliche Spreu vom rechtskonservativen Weizen trennen.

Der für das Collegium Intermarium vorgesehene Lehrkörper

Mehr als die Selbstdarstellung des Collegium Intermarium ist die Auswahl des Lehrkörpers über wissenschaftliche Qualifikation und Zielsetzung aussagekräftig. Von den künftig am Collegium Intermarium lehrenden Personen besitzt mit Ausnahme der bekannten Philosophin Chantel Delsol keine ein internationales Renommee. Ihre Namen sucht man in wichtigen wissenschaftlichen Zeitschriften vergebens.

Angeführt wird die Liste des Lehrkörpers von der „Fürstin“ Ingrid Dettler de Frankopan. Sie ist als Leiterin des Lehrstuhls für Internationales Recht vorgesehen. Auf der Webseite des Collegiums Intermarium erscheint sie als „eine herausragende Spezialistin für Internationales Recht und emeritierte Professorin der Stockholmer Universität. [...] Von 1984 – 2005 beriet sie Papst Johannes Paul II.“ In der polnischen Wochenzeitung „Wprost“ bestätigt sie diese Beratertätigkeit: „Ich hatte viele Treffen mit dem Papst. Er bat mich um einen Report zur Unabhängigkeit der baltischen Staaten. Als ich das Dokument brachte, um es Stanisław Dziwisz, dem päpstlichen Sekretär, zu überreichen, bat er mich in das päpstliche Kabinett, um es dem Papst persönlich auszuhändigen.“

Diese Aussagen der „Fürstin“ halten der Nachprüfung nicht stand. Unter den vatikanischen Dokumenten findet sich, soweit sie zugänglich sind, keinerlei Hinweis auf die „Fürstin“, schon gar nicht, dass sie über zwei Jahrzehnte den Papst beraten hat. Doch das Collegium Intermarium verweist auf Kardinal Dziwisz als Kronzeugen: „Die Tatsache der Beratung des heiligen Johannes Paul II. durch die Fürstin Ingrid Dettler de Frankopan kann durch Kardinal Stanisław Dziwisz bestätigt werden.“

Auf Anfrage erklärte der Kardinal: „Frau Professor Frankopan war zu keiner Zeit in irgendwelchen Fragen Beraterin des Heiligen Vaters Johannes Paul II.“ Er bestätigte lediglich, sie gelegentlich zu kurzen Papstaudienzen begleitet zu haben.

Die „Fürstin“ stapelt also, wie man sieht, reichlich hoch. Das gilt auch für die Echtheit ihres Fürstentitels. Als ihr Mann 1991 aus Kroatien nach England emigrierte, wechselte er, was nach britischem Recht möglich ist, seinen Namen und verlieh ihm einen adeligen Anstrich. Dagegen protestierte der Verband kroatischer Adelsfamilien und verwies darauf, dass das Geschlecht der Frankopans bereits im 17. Jahrhundert ausgestorben ist. Frau Dettler scheint das allerdings nicht zu stören.

Auch ihre wissenschaftliche Qualifikation ist höchst fragwürdig. Sie war zwar in den 1990er Jahren an der Stockholmer Universität tätig, verließ sie aber nach mehreren Disziplinarverfahren. Die gegen sie erhobenen Vorwürfe füllen einen Band von 250 Seiten. Darin heißt es u. a.: „Die Universitätsbehörden werfen Ingrid Dettler vor, dass sie den Studenten falsche Informationen vermittelte und planlos Examen abhielt. Zu denen ließ sie so viele Studenten zu, dass sie damit die Qualität und Glaubwürdigkeit der Hochschule in Gefahr brachte. [...] Doch der allerwichtigste Vorwurf ist der, dass sie zwei Studentinnen unter

Druck setzte: Würden sie die gegen sie erhobenen Beschuldigungen zurücknehmen, werde die eine Deutler bessere Note erhalten und die andere dürfe das Examen wiederholen.“

Besondere Erwähnung verdient auch das 2016 von Ingrid Dettler erschienene Buch mit dem Titel „Selbstmord Europas“. Es enthält Thesen, die sie auch sonst vertritt: In den letzten 12 Jahren plante und begünstigte die EU eine Invasion von Migranten aus Nordafrika. Was Polen betrifft, betont sie, dass die Regierung zu Unrecht wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit kritisiert werde. „Auch Christus wurde kritisiert, doch zum Glück bringt man uns noch nicht um. Es ist nicht gut, wenn jemand sein Land ruiniert, indem er Fremde mit einer anderen Kultur ins Land lässt.“

Was ist vom Collegium Intermarium zu halten, wenn eine solche Person dort in leitender Stellung tätig wird?!

Berufen wurde auch der Philosoph und Politologe András Láncti, Verfasser eines „Konservativen Manifests“ und Rektor der Corvinus-Universität in Budapest. Er gilt als Viktor Orbáns Ideologe einer illiberalen Demokratie. Beeinflusst ist er durch Carl Schmitt (1888-1985) und Leo Strauss (1899-1973), über den er zwei Werke verfasste. Mit Carl Schmitt teilt er ein antisemitisches Weltbild sowie die für ein autoritäres System fundamentale Grundidee des Primats der Politik vor dem Recht. Danach geht eine starke staatliche Ordnung dem Recht voraus, wobei das Recht ganz im Dienst dieser Ordnung steht. Wer sich mit einer anderen, liberalen Politik- und Rechtsauffassung dieser Ordnung widersetzt, ist nicht nur als Gegner, sondern als Feind anzusehen und entsprechend zu behandeln.

Um eine illiberale Demokratie zu etablieren, bedarf es einer weitgehenden Identität der Herrschenden mit den Beherrschten. Die Konsequenz ist eine von Fremdenfeindlichkeit geprägte homogene Gesellschaft mit allen negativen Folgen für Pluralismus und Minderheiten.

Die Grundideen von Carl Schmitt finden sich auch bei Leo Strauss, der im Übrigen in der Weimarer Republik aufgrund eines von Carl Schmitt erstellten Gutachtens ein Rockefeller-Stipendium erhielt. Noch vor 1933 emigrierte er und lehrte als Philosoph seit 1946 bis zu seiner Emeritierung an der Chicagoer Universität. Für ihn sind die Aufklärung und der Liberalismus die Quelle der modernen Zivilisations- und Menschheitskrise. Die Rettung sieht er in der Rückkehr zur „hierarchischen Ordnung“. Der von ihm vertretene Neokonservatismus beeinflusste stark den rechten Flügel der Republikaner und ist bis in die Präsidentschaft von Donald Trump spürbar, für den die polnische und ungarische politische Führung große Sympathien zeigte.

Professor Láncti dürfte als Ideologe einer illiberalen Demokratie, wie sie in Ungarn und Polen, wenngleich dort noch unvollendet, besteht, seinen Teil dazu beitragen, dass am Collegium Intermarium eine neokonservative Elite herangebildet wird, um die in der Europäischen Union bereits bestehende Tendenz zur illiberalen Demokratie zu verstärken und damit in diesem Sinn auf eine Veränderung der europäischen Gemeinschaft hinzuwirken.

Den Lehrkörper ergänzt der amerikanische Jurist Dr. Stephen Baskerville. Er lehrte jahrelang am Patrick Henry College, eine vom protestantischen Fundamentalismus geprägte christliche Hochschule. Sie ist staatlich nicht anerkannt, wohl aber durch die fast ausschließlich auf die USA beschränkte Transnationale Vereinigung Christlicher Hochschulen.

Wer am Patrick Henry College lehrt oder studiert, der muss als Bedingung der Transnationalen Vereinigung Christlicher Hochschulen eine 10 Punkte umfassende Glaubenserklärung unterzeichnen, die u. a. ein Bekenntnis zum inspirierten, irrtumsfreien Bibelwort, und damit zum Kreationismus, sowie die Existenz von Satan und Hölle als Ort ewiger Verdammnis enthält.

Das Patrick Henry College versteht sich als Institution „zur Ehre und zum Ruhm Jesu Christi in allen ihren Aktivitäten“. Konkret bedeutet dies, dass sich die Studenten bereits zu

engagieren haben, vornehmlich indem sie in die Kampagnen der Republikaner involviert sind. Entsprechend erwies sich denn auch das Patrick Henry College als eine Kadenschmiede für Donald Trump.

Damit ist der geistige Hintergrund von Dr. Baskerville umschrieben. Aufsehen erregte er durch die Aussage, Homosexuelle hätten eine herausragende Rolle bei der Entstehung des Nazismus gespielt. 2013 hielt er auf dem Treffen der weißen Nationalisten eine Rede. 2018 nahm er an der Konferenz zur „Genderideologie“ auf dem von rechtskonservativen amerikanischen Christen initiierte und von russischen Oligarchen gesponserten Weltkongress der Familien in Moldawien teil. Baskervilles spezielles Interesse gilt der Auswirkung der politischen Ordnung auf die Familie, der er sich in seinem Buch „In Gewahrsam genommen: Der Krieg gegen Vaterschaft, Ehe und Familie“ im Einzelnen widmet. Darin macht er den herrschenden Liberalismus für die hohe Zahl an Ehescheidungen und Abtreibungen verantwortlich und plädiert für eine politische Ordnung, die dem entgegenwirkt.

Der in das Collegium Intermarium berufene Franzose Dr. Grégor Puppincq, Direktor des Zentrums für Recht und Gerechtigkeit, wurde durch seine Attacke gegen den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EMGR) bekannt, vor dem immer wieder Klagen gegen die Regierungen Polens und Ungarns anhängig sind. Da macht es sich gut, wenn die Unabhängigkeit des Gerichts in Frage gestellt werden kann.

Mit seinem Gutachten „NGOs und die Richter am EMGR“ zeigt Dr. Puppincq, dass von den 100 am dortigen Gericht tätigen Richtern 22 vor ihrer Berufung Verbindungen zu 7 verschiedenen NGOs unterhielten, die von der von George Soros gegründeten Open Society Foundation (OSF) finanziert werden. 12 dieser Richter hätten sogar dieser Stiftung angehört. Mit dieser Ermittlung begründet Dr. Puppincq die Abhängigkeit des EMGR von Soros und den dadurch bedingten Verlust der Neutralität.

Dieser Vorwurf wiegt schwer; so schwer, dass der Deutsche Bundestag seinen Wissenschaftliche Dienst beauftragte, ihn zu prüfen. Dieser kommt in einem umfassenden Gutachten zu folgendem Ergebnis: 1. Eine von George Soros geförderte NGO „trat im angegebenen Zeitraum von 2009 – 2019 in keinem Fall als aktuelle Partei vor dem Gericht auf. 2. Ein innerer Zusammenhang zwischen der Zuschussgewährung durch das OSF und Urteil des EMGR kann aufgrund der Überschneidungen ausdrücklich nicht hergestellt werden.“ Damit weist der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags den von Dr. Puppincq erhobenen Vorwurf ausdrücklich zurück und bekräftigte damit die Neutralität und Unabhängigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Zum Lehrkörper des Collegium Intermarium zählen zudem Juristen von Ordo Iuris und Politiker der Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). In naher Zukunft wird sich zeigen, ob es Ordo Iuris mit diesem Kader gelingt, das formulierte Ziel zu erreichen: „Durch dieses neue Projekt als natürliche Etappe der Entwicklung von Ordo Iuris werden die Absolventen des Collegiums Intermarium in Kürze Politik, Recht und Identität Mitteleuropas gestalten, als einer Region selbstbewusster Menschen, frei von Komplexen gegenüber Staaten des Westens wie des Ostens und gebildet auf höchstem Niveau.“